

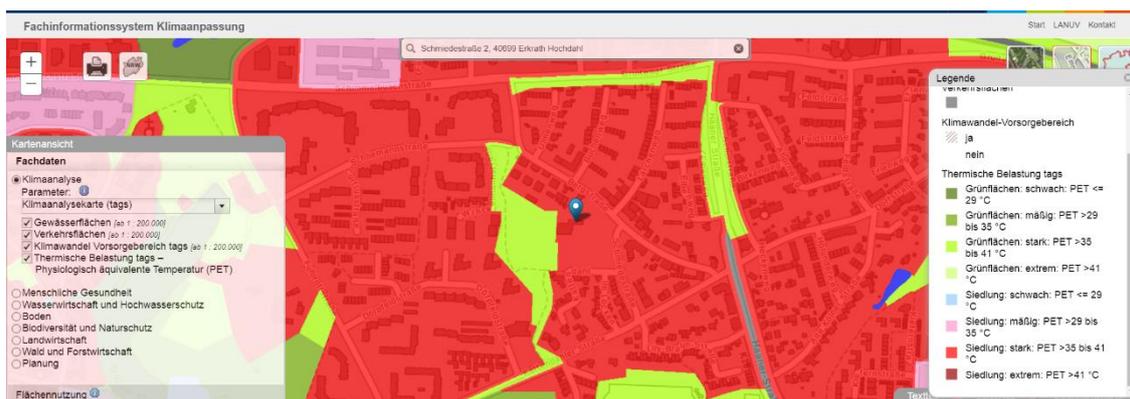
Hasenwiese in Millrath nicht bebauen

Im Planungsausschuss haben CDU und SPD für die Bebauung der „Hasenwiese“ in Millrath gestimmt.

Die BmU hatte die ursprünglichen Pläne, Seniorenwohnungen im lange nicht genutzten Schulgebäude („Dependance“) an der Schmiedestraße zu errichten, voll und ganz unterstützt. Durch den Brand der Grundschule Sandheide sind nun an der Schmiedestraße allerdings für einige Jahre die Schülerinnen und Schüler von dort untergebracht.

Einen Neubau nebenan auf der Freifläche oberhalb des Spielplatzes lehnt die BmU aber ab. Neben der sozialen Funktion hat diese Fläche einen sehr hohen Wert hinsichtlich der kühlenden Belüftung des Viertels.

Wir haben uns insbesondere mit der städtebaulichen Situation beschäftigt. Der Stadtbebau erfährt gerade den Paradigmenwechsel, innerstädtische Grünzonen – insbesondere wenn sie so vernetzt sind wie in diesem Fall – als eher zu stärkendes denn zu schwächendes Element der Klimaanpassung zu verstehen. Auch diese Debatte zeigt, dass die seit 2017 überfällige (und beschlossene!) Evaluation des Stadtentwicklungskonzeptes überfällig ist.



Quelle: [http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/index.html?feld=Analyse¶m=Klimaanalysekarte%20\(nachts\)](http://www.klimaanpassung-karte.nrw.de/index.html?feld=Analyse¶m=Klimaanalysekarte%20(nachts))

Der blaue Punkt zeigt die Position der Schule und wir sehen, dass die Region von der zweithöchsten thermischen Belastung als Wärmeinsel eingestuft ist. Die derzeitige Grünstruktur durchbricht die Fläche. Die zusätzliche Bebauung würde sie weiter verengen.

Wenn überhaupt, dann wäre ein gründlich abwägendes Bebauungsplanverfahren angezeigt und nicht ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB. Bereits jetzt haben sich auch kritische Stimmen aus der Bürgerschaft bei uns gemeldet, sodass auch bei der Bürgerbeteiligung nicht an Aufwand gespart werden sollte.

Dass keine Verwaltungskapazitäten vorlagen, über ein Jahr lang, den Ratsbeschluss umzusetzen, der Initiativgruppe die (aus damaliger Sicht der Verwaltung als „Abrissobjekt“ bezeichnete) Schule zu übertragen, nun aber trotz der Maßnahmen Wimmersberg und Erkrath-Nord Verwaltungskapazitäten bei Neuversiegelungen sofort bereitstehen, zeigt eine so von uns nicht geteilte politische Ausrichtung und Lenkung der Verwaltung.

Die nicht unerhebliche Sozialfunktion der Liegewiese nördlich des Spielplatzes insbesondere für die Bewohnerinnen und Bewohner der hochgeschossigen Mietobjekte an der Dörpfeldstraße, aber auch der anderen Bereiche, würde entfallen.

Die BmU hat sich dafür eingesetzt, den Grundsatzbeschluss nicht zu fassen, sondern die freien Kapazitäten auf die Neuauflage des Stadtentwicklungskonzeptes mit dem sich aufdrängenden Problemfeld Klimaschutz und Klimaanpassung zu verwenden.

Die BmU kritisiert zudem, dass vor diesem richtungsgebenden Grundlagenbeschluss die bereits vorliegenden planerischen Erkenntnisse aus den Verfahren ab 2008 sowie die aktuelleren Umweltgutachten und ggf. Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht vorgelegt worden sind. Nicht jedes Ausschussmitglied verfügt über diesen Erfahrungshorizont. Die Bürgerschaft wurde damals an Workshops in einem qualifizierten Verfahren – welches wir ja auch im Fall Wimmersberg vermissen – bereits beteiligt. Damals mit dem Ergebnis, dass zumindest auf einen Teil der Bebauung der Hasenwiese verzichtet werden soll.